Dresdner Volkszeitung

Scheckkonto: Leipzig. Gebr. & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 145. | Dresden, Dienstag den 25. Juni 1918. | 29. Jahrg.

Der Reichstag über Krieg und Frieden.

Wichtige Erklärungen Kühlmanns. — Kritik und Forderungen der Sozialdemokratie.

Seit Abschluß der Friedensverträge mit der Ukraine und Großrußland hat eine größere Kriegserörterung im Reichstag nicht stattgefunden. Es ist daher begreiflich, daß der Beginn Aussprache über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes mit Spannung und Unruhe mit der Erwartung entgegengesehen wurde, als könne in dieser Aussprache eine neue Wendung der Ereignisse eintreten. Muß doch mit der fortschreitenden Sommerszeit und der bald gen Vollendung des vierten Kriegsjahres ganz naturgemäß in unserem Volke die sehnsuchtsvolle Frage sich immer stärker erheben, ob sich nicht ein neuer Hoffnungsstrahl zeigt, der einen Weg aus dem Dunkel dieser furchtbaren Zeiten erleuchten könnte. Allerdings — für denjenigen, der die letzten Vorgänge in den Ententeländern und die abklingenden Reden der dortigen Staatsmänner genauer verfolgt hat, konnten allzu große Erwartungen nicht erstehen. Denn es ist unvermeidlich, daß auch die deutsche Volksvertretung unter ihrer Regierung die Aufgabe eines Antreibers zum Frieden nicht ohne Rücksicht auf die Haltung durchführen kann, die bei den Kriegsgegnern noch immer eingenommen wird.

Immerhin darf der Rede, mit der Staatssekretär von Kühlmann die Erörterung über die Weltlage einleitete, eine Bedeutung für die Förderung der Friedensfrage nicht abgesprochen werden. Der Reichskanzler selbst nahm an der Aussprache teil, ergriff jedoch am ersten Tage dieser Beratungen nicht das Wort.

In dem Ueberblick, den der Staatssekretär zunächst über die Ereignisse der letzten Monate gab, setzte er allenthalben helle Lichter auf. Er sprach einleitend von dem erfolgreichen Verlauf der Besprechungen über Ausbau und Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses sowie über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zu Bulgarien und der Türkei. Sodann besprach er die Vorgänge in den östlichen Randstaaten und das Verhältnis zu Rußland. Sowohl hinsichtlich Finnlands und der baltischen Gebiete wie für Polen, die Ukraine, Kaukasien und Großrußland sieht der Staatssekretär trotz allen noch vorhandenen Mißlichkeiten und Schwierigkeiten die Dinge sich günstig gestalten. Es sei der Mittern der deutschen Politik, mit den östlichen Völkern freundschaftliche Einigungen herzustellen. Die nahe bevorstehenden Verhandlungen mit den Vertretern der russischen Regierung werden ein solches Ergebnis erbringen.

Von weit größerer Bedeutung aber waren die Ausführungen Kühlmanns, die sich an die Regierungen und die Völker des Westens wendeten. Der Staatssekretär begann diesen Abschnitt seiner Rede mit Bemerkungen über die Kriegsdauer, die so sonderbar klangen, daß im größten Teile des Reichstags Bewegung und Unruhe entstanden. Er warf die Frage auf, ob „dieser Krieg nach menschlichem Ermessen noch im Herbst und im Winter, ob das fünfte Kriegsjahr hinüberdauern" werde? Als Kronzeugen für diese Frage zog er Moltke bei, der im Jahre 1890 die europäische Kriegsgefahr geschildert und dabei gesagt habe: es könne wieder einmal ein dreißigjähriger, auch ein 30jähriger Krieg kommen. Im jetzigen Weltkrieg aber seien die Kriegsschauplätze noch ungeheuer erweitert worden gegenüber dem, was 1890 möglich erschien. Solche düstere und beunruhigende Worte hat Herr v. Kühlmann anscheinend gewählt, um nach außen hin die kühle Gelassenheit zu zeigen, mit der die deutsche Reichsleitung einer noch sehr langen Dauer des Krieges zusehen zu dürfen vermeint, und um durch solche Pose der unerschütterlichen Ruhe die nachfolgenden Friedenserklärungen vor der gegnerischen Auslegung zu sichern, als seien sie nur ein neuer Beweis der Schwäche. Sodann wies Kühlmann auf die wiederholten deutschen Friedensangebote hin, dergleichen die Ententeregierungen nichts doch nur einigermaßen Aehnliches aufzuweisen haben, und er kam auf die letzte Rede des englischen Ministers Balfour. Er wies die von diesem wiederholte Legende, als strebe Deutschland nach einer Art Weltherrschaft, mit Entschiedenheit zurück, ebenso die gegnerische Schuldlegende, als hätte Deutschland im Jahre 1914 die Absicht zur Entfesselung des Weltkrieges oder ein Interesse daran gehabt. Er wolle aber, so fuhr Kühlmann fort, nicht bloß negativ sich gegen Balfours Eingriffe wenden, sondern positiv, ganz einfach und leicht verständlich sagen, was unser Kriegsziel ist: Wir wollen innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben können. Wir wollen über See den Belitz haben, der unserer Volkswirtschaft entspricht. Wir wollen freien weltwirtschaftlichen Verkehr haben. Mit diesen knappen Feststellungen, die eine neue Festlegung der Regierung auf die Friedens- und Verständigungsentschließung des Reichstags vom 19 Juli 1917 bedeuten, fand der Staatssekretär lebhaften Beifall bei der großen Mehrheit des Reichstags.

Der Staatssekretär ging dann auf die belgische Frage ein. Hier ist der Punkt, wo die Sozialdemokratie auch jetzt wieder die Haltung der Reichsleitung als unzureichend bekämpfen muß, wie es alsbald auch unser Redner Dr. David deutlich und scharf zum Ausdruck brachte. Er erklärte zwar, daß, abgesehen von der Unversehrtheit des Reiches — also auch Elsaß-Lothringens —, alle sonstigen Fragen, also auch die belgische, „Gegenstand der Beratung und der Einigung" sein können, aber näheres hierüber wolle er nicht sagen, weil Belgien nur eine Frage im Gesamtkomplex der Fragen sei und weil Deutschland sich nicht von vornherein binden wolle, während die Gegner sich alles offen hielten und Balfour offen und ausdrücklich erklärt habe, daß die englischen Wünsche keineswegs mit der Wiederherstellung Belgiens erschöpft seien. So berechtigt es ist, auf die weitgehenden englischen Eroberungsziele hinzuweisen, so ist damit jedoch nach unserer Meinung die diplomatische Zurückhaltung der deutschen Reichsleitung längst nicht gerechtfertigt. Mit solchen diplomatischen Künsten ist ein Fortschritt in der Friedensfrage nicht zu erreichen. Die deutsche Reichsleitung müßte jeden Verdacht, als ob sie gegenüber Belgien doch noch etwas anderes als volle Neutralität nach allen Seiten verlange, beiseite räumen. Dadurch würde sie den Kriegshetzern der Entente eine gewichtige Waffe aus der Hand schlagen und der Friedensbewegung in Frankreich und England den Weg bahnen. Es ist sehr zu beklagen, daß die Reichsleitung in dieser Frage noch immer an ihrem höchst schädlichen diplomatischen Vorurteil festhält.

Erfreulich war der letzte Abschnitt der Darlegungen Kühlmanns. Er sprach sein volles Einverständnis mit den Erklärungen aus, die Asquith am 16. d. M. über die Bereitwilligkeit, ernsthafte Friedensangebote entgegenzunehmen, gegeben hat, und er setzte mit guter Wendung hinzu: Solange aber die Gegner unsere Friedensangebote als „Friedensoffensiven" und „Friedensfallen" ausgeben, solange sei nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden könne, der zum Frieden führen soll. Der Staatssekretär schloß seine Rede mit einer Bemerkung, die eine volle Absage an die Machtpolitik der Eroberungsmänner in sich schließen: durch rein militärische Entscheidung allein könne ein absolutes Ende dieses Krieges nicht erwartet werden!

Nachdem der Abg. Gröber für die Zentrumspartei sich unter einigen Vorbehalten mit der Politik der Regierung einverstanden erklärt hatte, nahm in einer umfassenden, kritischen Rede unser Parteigenosse Dr. David Stellung zu der Weltlage. Er kritisierte besonders scharf die Verwaltung in den östlichen Randstaaten und betonte gegenüber der Torheit der territorialen Eroberungsbestrebungen die Notwendigkeit der volks- und weltwirtschaftlichen Sicherung. Er betonte mit größter Eindringlichkeit die volle Aufrechterhaltung des Verständigungsfriedens, zu dem sich die große Mehrheit des deutschen Volkes bekennt. Er warnte vor jeder Selbstüberhebung im eigenen Lande und behandelte schließlich in knappen, aber scharfen Zügen die unbedingte Notwendigkeit, die Ernährungsverhältnisse des Volkes zu verbessern und dem Skandal der Wahlrechtsfeinde ein Ende zu machen.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 25. Juni 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Südlich der Scarpe und auf dem westlichen Ancre-Ufer machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Nach starker Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompanien auf dem Nordufer der Aisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Zahl der gestern früh von brandenburgischer und thüringischer Landwehr östlich von Badonviller eingebrachten gefangenen Amerikaner und Franzosen hat sich auf mehr als 60 erhöht.

Leutnant Billik errang seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der rumänische Friedensvertrag vor dem Hauptausschuß.

Der Haushaltausschuß trat am Montag in die Beratung des rumänischen Friedensvertrags ein, und zwar in der Form, daß zunächst eine Generaldebatte stattfand; die wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen werden besonders erörtert.

Staatssekretär v. Kühlmann machte zunächst vertrauliche Mitteilungen über die rumänische Königsfrage und die Stellung der Parteien in Rumänien. Die Aussprache über diesen Teil der Rede des Staatssekretärs wurde gleichfalls vertraulich gepflogen. Es beteiligten sich daran die Abgg. Graf Praschma, Naumann, Roske, Dr. Korfiche, v. Richthofen, Warmuth, Dr. Südekum, Lebebour, Erzberger, v. Gräfe. Damit war dieser Teil der Aussprache erledigt.

Staatssekretär v. Kühlmann bespricht dann die einzelnen Teile des Friedensvertrags. Oesterreich-Ungarn hatte das Recht, den Schutz seiner Grenzen zu fordern, und Bulgarien konnte nicht verwehrt werden, seine nationalen Ansprüche zu befriedigen. Lediglich mit dem nördlichen Teil der Dobrudscha mußte vorläufig eine gewisse Ausnahme gemacht werden, weil erst einige Meinungsverschiedenheiten zwischen Bulgarien und der Türkei auszugleichen sind. Die Türkei will das an Bulgarien abgetretene Gebiet an der Maritza wieder haben und das soll auf freundschaftlichem Wege erreicht werden. Beide Staaten haben selber den Vorschlag der Schaffung eines Kondominiums gemacht. Die Grenzverbesserungen an der ungarischen Grenze sind ohne erhebliche Bedeutung und tragen nur der Notwendigkeit Rechnung. Nur etwa 20 000 Menschen kommen unter ungarische Herrschaft. Der Verzicht auf eine Kriegsentschädigung entsprang der Ueberzeugung, daß uns die Sicherung von Naturalleistungen wertvoller sein mußte. Wir hatten auch kein Interesse daran, Rumänien zahlungsunfähig zu machen, mußten vielmehr daran denken, rasch wieder wirtschaftliche Beziehungen herzustellen.

Abg. Müller-Meiningen wendet sich gegen die zügellose Agitation der Alldeutschen gegen den Friedensvertrag mit Rumänien. Die Presse der Entente schätzt den Frieden mit Rumänien ganz anders ein, sie läßt erkennen, daß Deutschland bei diesem Vertrag sehr gut abgeschnitten hat. Jedenfalls ist Rumänien mit einem blauen Auge davongekommen. An der bessarabischen Frage ist Deutschland in hohem Grade interessiert, schon wegen der 75 000 deutschen Kolonisten, die in diesen Gebieten wohnen. Der Gedanke, dort einen neuen Staat zu schaffen, ist direkt abenteuerlich. Wenn aus der neuen Donauakte die Staaten ausgeschlossen sind, die nicht von der Donau berührt werden, so ist darin nicht, wie die Entente behauptet, ein Bruch des Völkerrechts zu erblicken. Die Gleichstellung der Juden in Rumänien muß erfolgen, solange die Okkupation noch andauert. Der Friede wird nur dann befriedigen, wenn er bald wieder zu einem gedeihlichen Verhältnis mit Rumänien führt.

Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

General Smuts gegen den Krieg bis zum Siege.

Die englischen Provinzblätter veröffentlichen Auszüge aus einer der jüngsten Reden des Generals Smuts. Dieser sagte bei der Erwähnung einer Kommission, die zum Zwecke der Propaganda für englische Kriegsziele ins Leben gerufen werden solle, man werde nun endlich wohl Klarheit darüber erhalten, wofür England jetzt kämpfe. Ferner sagte er, einen entscheidenden Sieg einer der kriegführenden Parteien halte ich für ausgeschlossen. Wenn eine Partei völlig siegen wolle, dann müsse der Krieg noch endlos fortgesetzt werden. Darüber würde die ganze europäische Zivilisation zugrunde gehen. Viele Blätter sagen, diese Aeußerung habe in ganz England größtes Aufsehen hervorgerufen. Die Arbeiterpresse meint, Smuts habe dies im Einverständnis mit Lloyd George gesagt, der seine Knockout-Politik aufgegeben habe.

Branting in London.

Reuter meldet aus London: Der schwedische Sozialistenführer Branting ist in London angekommen, um an der Arbeiterkonferenz teilzunehmen.

Dublin, 24. Juni. (Reuter.) Wie gemeldet wird, hat die Polizei 40 000 Rationen, die als Getreide in Getreidesäcken nach Irland eingeschmuggelt werden sollten, mit Beschlag belegt.

Räumung österreichischer Stellungen auf dem rechten Piave-Ufer.

wtb. Wien, 24. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Die durch Hochwasser und Witterungsunbill entstandene Lage veranlaßte uns, den Montello und einige Abschnitte anderer auf dem rechten Piave-Ufer erkämpfter Stellungen zu räumen. Der hierzu schon vor vier Tagen erteilte Befehl wurde trotz den mit dem Uferwechsel verbundenen Schwierigkeiten so durchgeführt, daß dem Gegner unsere Bewegungen völlig verborgen geblieben sind. Mehrere bereits geräumte Linien waren gestern das Ziel starker italienischer Geschützwirkung, die sich stellenweise bis zum Trommelfeuer steigerte. Auch feindliche Infanterie ging gegen die von uns verlassenen Gräben zum Angriff vor. Sie wurde durch unsere Fernbatterien zurückgetrieben.

Der Chef des Generalstabs.

Rom, 24. Juni. Das Oberkommando teilt mit: Vom Montello bis zum Meere ist der Feind geschlagen und geht von unseren tapfren Truppen verfolgt in Unordnung über die Piave zurück.

Der U-Bootskrieg.

Berlin, 24. Juni. (Amtlich.) Unsre Unterseeboote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatze, vorwiegend im Kanal, wiederum 17 500 Brutto-Register-Tonnen feindlichen Handelsschiffsraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180625/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG